



## Gegen Blochers Verschärfungskurs

**Anfang 2003 hatte Zürich in einem Asylpolitischen Manifest eine pragmatischere Asylpolitik gefordert, die den spezifischen Problemen der Städte gerecht wird. Als Folge davon kam es 2003 zur 1. Asylkonferenz der Städte. Gestern Dienstag hat die zweite Konferenz stattgefunden.** [08.09.2004]

Bei den Städten und Gemeinden blieben die Probleme und allzu oft auch die Kosten der von Bund und Kantonen formulierten Asylpolitik hängen, heisst es in der Resolution. Die Städte verlangen daher vom Bund, dass sie nicht nur als Ja-Sager benutzt, sondern aktiv in die Erarbeitung von Lösungen einbezogen werden.

### Blochers Politik bringt nichts

Bundesrat Blochers Verschärfungsvorschlägen zur Asylpolitik erteilte die Asylkonferenz eine Absage. Das erhöhe die Zahl der Sans-papiers, die in den Städten untertauchten. Es herrsche zurzeit in der Schweiz kein Asylnotstand, jedoch ein Politikdefizit. Statt weiterer Verschärfungen sei ein Migrationsgesetz gefordert.

Der pragmatische Umgang der Städte mit Asylbewerbern zur Versachlichung des Asylproblems war ein Schwerpunkt der Tagung. Dabei werden Beschäftigungsprogramme immer wichtiger. Laut der Berner Sicherheitsdirektorin Ursula Bergert (svp) gebe es dabei erhebliche Widerstände zu überwinden, aber es lohne sich. Ihre guten Erfahrungen mit Beschäftigungsprogrammen in der Stadt Bern werden durch die druckfrische Begleitstudie zu einem Zürcher Pilotprojekt bestätigt: Seit 2003 bietet Zürich 140 gemeinnützige Einsatzplätze an, um junge Asylbewerber ohne Perspektive von der Strasse zu holen. Der Nutzen für die Stadt übertreffe die Kosten klar, sagte der Zürcher Stadtpräsident Elmar Ledergerber. Ein weiterer Ausbau werde deshalb zurzeit erwogen. Die Begleitstudie kommt zum Schluss, dass der gemeinnützige Beitrag von Asylbewerbern deren Image in der Öffentlichkeit verbessert und zur Entkrampfung der Politik beigetragen habe. Die Asylkonferenz fordert denn auch die Aufnahme der Pflicht zu gemeinnütziger Arbeit ins Asylgesetz. Die Zürcher Sozialvorsteherin Monika Stocker lancierte die Idee eines «Integrationsfünfliebers». Wenn der Bund den Städten für jeden Asylbewerber täglich fünf Franken zahle, könnten diese mit sinnvollen Programmen einen weiteren Beitrag zu Entkrampfung des Asylproblems leisten. (sda)

### Kantone lenken bei Fürsorgestopp ein

Die Kantone wollen auch beim Fürsorgestopp für jene abgewiesenen Asylsuchenden einlenken, die schon längere Zeit in der Schweiz sind. Die Konferenz der Sozialdirektoren begründet den Meinungswandel mit den geplanten Anpassungen, allen voran der vom Bundesrat festgelegten dreijährigen Übergangsfrist. Der Sekretär der Sozialdirektorenkonferenz, Ernst Zürcher, erklärte gegenüber Radio DRS, dass mit einer solchen Regelung genügend Zeit bleibe, Lösungen für die einzelnen Fälle zu finden. Die Sozialdirektoren begrüssen es auch, dass der Bundesrat (gegen den Willen Blochers) an der humanitären Aufnahme festhalten und

auf die Durchsetzungshaft verzichten will. (ap)